

Pressemitteilung

Deutsche Baufirmen haben sich 2020 international behauptet – Warnung vor Lieferkettengesetz

„Die international tätigen deutschen Baufirmen haben sich 2020 in einem weltweit schwierigen konjunkturellen Umfeld behauptet.“ Mit diesen Worten kommentierte heute Hans-Joachim Bliss, Vorsitzender des Auslandsbau-Ausschusses des Hauptverbandes des Deutschen Bauindustrie, das Ergebnis der Auslandsbaustatistik. Im Vorjahr hätten die Baufirmen Auftragseingänge aus dem Ausland in Höhe von 26,2 Mrd. Euro verbucht, die internationale Bauleistung habe bei 27,6 Mrd. Euro gelegen.

19/21
Berlin, 12.05.2021

„Das Baugeschäft konnte sich trotz der Corona-bedingten Rückgänge gegenüber 2019 weiter behaupten. Komplette Einbrüche wie in anderen Industriezweigen konnten vermieden werden, so dass Bautätigkeit in nahezu allen Regionen der Welt zu verzeichnen war“ so Bliss weiter.

Die Auftragseingänge haben sich in letzter Zeit wieder gut entwickelt, so dass für 2021 mit einer stabilen Bautätigkeit gerechnet werden kann.

Bliss verwies aber auf die in vielen Ländern aufgelegten Konjunkturprogramme, in denen – wie z. B. in den USA – hohe Investitionen in die Infrastruktur enthalten seien. Die international tätigen deutschen Baufirmen hätten mit ihrer unbestrittenen Ingenieurkompetenz gute Chancen, an diesen Programmen zu partizipieren.

Eine Warnung sprach Bliss allerdings in Hinsicht auf das geplante Lieferkettengesetz aus. Für das laufende Gesetzgebungsverfahren sieht die BAUINDUSTRIE erheblichen Nachbesserungsbedarf. „Eine Regelung für alle Industriezweige gleichermaßen, bringt für die Baubranche mit ihren ständig wechselnden Projektstandorten und damit auch Zulieferern eine nicht mehr zu bewältigende Herausforderung. Eine Sanktionierung, der zufolge Firmen wegen eines Sorgfaltspflichtverstoßes zeitweise von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden können, würde die Bauwirtschaft, für die die öffentliche Hand ein eminent wichtiger Auftraggeber ist, im Vergleich zu anderen Branchen in außergewöhnlicher Weise belasten und den Wettbewerb um öffentliche Bauaufträge gesetzeswidrig einschränken“, mahnte Bliss.

„Die Verantwortung für die mittelbaren und unmittelbaren Zulieferer, auch in Ländern mit anderen Gesetzgebungen und Kulturen, könnte die deutschen Auslandsbaufirmen zum Rückzug aus einigen Märkten veranlassen. Eine solche Entwicklung wäre kontraproduktiv im Hinblick auf das developmentpolitische Ziel der Bundesregierung, das Engagement der deutschen Wirtschaft in den Partnerländern – speziell in Afrika – zu stärken.“

Auch im Internet abrufbar: bauindustrie.de